

# Für einen starken und zukunftsfähigen Service public!

Die Gewerkschaft syndicom setzt sich entschieden für den Service public ein. Ein zukunftsfähiger Service public muss für alle zugänglich, krisentauglich, flächendeckend verfügbar und mit digitalen Dienstleistungen ergänzt sein. Aktuelle Entwicklungen und geplante Massnahmen gefährden jedoch die Qualität und Verfügbarkeit dieser grundlegenden Dienstleistungen.

Ein leistungsfähiger Service public ist ein zentraler Bestandteil einer gerechten Gesellschaft. Nachweislich ist er ein zentrales Element für deren Zusammenhalt und gegen antidemokratische Tendenzen.

Umso mehr ist die Politik gefordert, den Abbau öffentlicher Dienstleistungen und Sparbemühungen des Bundes und bundesnaher Betriebe gerade in diesem Bereich zu stoppen, sowie den Service public als soziales Rückgrat der Schweiz zu stärken. Dies bedingt eine ausreichende Anzahl hochwertiger Arbeitsplätze sowie gute Lohn- und Arbeitsbedingungen.

## Post – für Arbeitsplätze und gute Arbeit in der postalischen Grundversorgung

### 1. Gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen:

Die Schweizerische Post steht unter Druck. Das hat vielerlei Gründe, bspw. regulatorische Fehlanreize, falsches Rentabilitätsdenken oder die harten Marktbedingungen. Die Konzernleitung reagiert mit Entlassungen und Reorganisationsprojekten in verschiedenen Konzernbereichen und Tochtergesellschaften: sei es bei PostNetz, Logistik Services, PostAuto oder jüngst bei PostFinance. Deshalb setzt sich die Gewerkschaft syndicom weiterhin mit aller Kraft ein für eine starke Post und für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Post und ihren Tochtergesellschaften. Von der Politik fordert sie dasselbe.

### 2. Weiterführung des Poststellennetzes mit 800 eigenbetriebenen Filialen:

Die geplante Reduktion auf 600 eigenbetriebene Filialen bis 2028 stellt einen massiven Abbau des Service public dar. Ein dezentrales Filialnetz ist entscheidend für die Grundversorgung und die wirtschaftliche Stabilität und Attraktivität zahlreicher Regionen. Wir fordern den Erhalt der 800 eigenbetriebenen Filialen, auch um Arbeitsplätze zu sichern – wie dies von der Post öffentlich versprochen wurde, darf es zu keiner einzigen Kündigung kommen. Das Auslagern von Dienstleistungen der Grundversorgung an Dritte, die nicht dem GAV der Post unterstehen, lehnen wir ab. syndicom verlangt von der Post, dass im Rahmen von "Post von Morgen" die Strategie zu PostNetz unter Einbezug der Gewerkschaft neu konzipiert wird. Die neue Strategie muss dabei zwingend weg vom nordeuropäischen Modell führen, das sich definitiv als Sackgasse erwiesen hat.

### 3. Entlastung und faire Arbeitsbedingungen bei Logistik Services und Presto:

In der Zustellung und Sortierung herrscht eine permanent hohe Arbeitsbelastung. Dabei geht es vor allem um die Länge der Touren, die Anzahl der Sendungen und die immer schwerer werdenden Pakete. Zudem führen vermehrte personelle Engpässe dazu, dass die Touren regelmässig aufgeteilt werden und somit das verbleibende Personal zusätzlich belastet wird. Die ohnehin schon zu eng geplanten Touren werden dadurch noch länger und die vereinbarte Wochenarbeitszeit immer seltener eingehalten. Wir verlangen Massnahmen von der Post zur Entlastung der Angestellten und zur Einhaltung der vereinbarten Arbeitszeiten ein. Auch die

Kolleg:innen der Frühzustellung bei Presto erleben Rationalisierungen und Zusammenlegungen von Touren. Dadurch stehen sie unter Druck und müssen ebenso entlastet werden.

**4. Stärkung des regionalen Personenverkehrs (RPV):**

Sparmassnahmen im regionalen Personenverkehr sind der falsche Weg. Der RPV, in welchem namentlich PostAuto tätig ist, ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs und muss ausgebaut, nicht abgebaut werden. Wir verlangen, dass die Politik die notwendigen finanziellen Mittel für den Erhalt und die Verbesserung des Angebots garantiert.

**5. Aufhebung des Kreditverbots der PostFinance:**

Wir lehnen die politisch regelmässig geforderte Privatisierung der PostFinance und Einschränkungen der Grundversorgung im Zahlungsverkehr entschieden ab. Eine flächendeckende und zuverlässige Finanzdienstleistung muss gewährleistet bleiben. Das Kreditverbot für PostFinance ist endlich aufzuheben. **Postverordnung muss den Service public stärken und den Arbeitnehmenden dienen:**

Die Teilrevision der Postverordnung darf nicht zu einem Abbau des Service public führen. Verordnungsanpassungen müssen den Arbeitnehmenden dienen und insbesondere die Zusteller:innen entlasten. Aufbauend auf diesen Prämissen wird sich syndicom an der Vernehmlassung zur Teilrevision beteiligen.

---

## **Infrastruktur und Dienstleistungen zu Gunsten des Service public in den ICT-Branchen stärken**

**1. Als Unternehmen im mehrheitlichen Eigentum des Bundes übernimmt Swisscom eine entscheidende Rolle beim Angebot von sicherer Telekommunikationsinfrastruktur und sicheren Dienstleistungen für die ganze Bevölkerung und die Schweiz.**

Swisscom trägt als strategische Akteurin des Service public die Verantwortung für eine flächendeckende Versorgung mit zuverlässiger digitaler Grundinfrastruktur und Dienstleistungen – von abgelegenen Alpentälern bis zu städtischen Agglomerationen. Die Politik hat sicherzustellen, dass Swisscom ihre Service-public-Aufgabe auch künftig ohne weiteren Liberalisierungsdruck, ständigen Stellenabbau oder Auslagerungen im grossen Stil erfüllen kann.

**2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben der ICT-Branchen sind zu stärken, damit die Arbeitnehmenden einen Beitrag in hoher Qualität an den Service Public für Bevölkerung und Unternehmen leisten können.**

Ein starker Service public braucht qualifiziertes und motiviertes Personal. Faire Löhne, sichere Arbeitsverhältnisse und berufliche Perspektiven – etwa bei Swisscom, Sunrise oder in IT-Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen – sichern die langfristige Verfügbarkeit hochwertiger digitaler Dienstleistungen. Die Politik muss sich für verbindliche Standards und die Förderung von Gesamtarbeitsverträgen in den ICT-Branchen einsetzen.

**3. Das Ultra-Hochbreitbandnetz mit einer vollen Abdeckung soll von Betrieben geplant und gebaut werden, die einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen.**

Nur wenn der Ausbau digitaler Grundversorgung unter sozial verantwortlichen Bedingungen erfolgt, kann der Service public glaubwürdig gewährleistet werden. Die öffentliche Hand soll

Aufträge im Bereich Netzinfrastruktur ausschliesslich an GAV-gebundene Unternehmen vergeben.

- 4. Unternehmen, die selbst Anwendungen mit künstlicher Intelligenz entwickeln oder solche einsetzen, haben dafür zu sorgen, dass die betroffenen Arbeitnehmenden mitwirken und ihre Skills weiterentwickeln können. Der Einsatz künstlicher Intelligenz hat dem Gemeinwohl zu dienen.**

Der öffentliche Nutzen muss beim Einsatz von KI-Technologien im Zentrum stehen – etwa bei digitalen Diensten oder bei Chatbots im Kund:innenkontakt. Die Politik muss gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die Mitwirkung, Weiterbildung und Transparenz beim KI-Einsatz garantieren.

- 5. Beim Erstellen und Instandhalten der Netze für Stromversorgung, öffentlichen Verkehr und Telekommunikation sind nur Betriebe zu berücksichtigen, die dem Gesamtarbeitsvertrag der Netzinfrastruktur-Branche unterstellt sind und diesen einhalten.**

Ohne funktionierende Netze steht der Service public still. Umso wichtiger sind Leistungen, die verlässlich und sicher bereitgestellt werden. Der Bund, die Kantone und Betriebe in öffentlicher Hand sollen bei ihrer Auftragsvergabe GAV-Verpflichtungen zwingend als Kriterium vorschreiben.

- 6. Der Kund:innenservice in Verkaufsstellen und in Contact- und Callcentern ist so zu stärken, dass in der Schweiz die ganze Bevölkerung gerade auch bei Digitalisierungsthemen Beratung in hoher Qualität in Anspruch nehmen kann.**

Der Zugang zu verständlicher, persönlicher Beratung ist essenzieller Bestandteil des Service public – gerade für Menschen ohne digitale Vorkenntnisse. Die Politik soll sicherstellen, dass Callcenter-Dienstleistungen in der Schweiz verbleiben und durch GAV-gebundene Betriebe erbracht werden.

- 7. Der Bund hat sicherzustellen, dass das Flugsicherungsunternehmen Skyguide seinen Auftrag für Bevölkerung, Armee und Fluggesellschaften vollumfänglich wahrnehmen kann. Dafür benötigt Skyguide ausreichend finanzielle Mittel, um die Funktionsfähigkeit der bestehenden Systeme garantieren und gleichzeitig in Innovation investieren zu können. Eine Auslagerung oder Konkurrenzierung von Skyguide-Dienstleistungen würde die Auftragserfüllung gefährden.**

Flugsicherung ist ein sicherheitsrelevanter Bestandteil des Service public und darf nicht dem Wettbewerbsdruck unterworfen werden. Die Politik muss die Finanzierung von Skyguide nachhaltig garantieren und das Unternehmen vor einer Zerschlagung oder Liberalisierung schützen.

- 8. Service public mit Digitalisierung weiterdenken: digitale Allmenden bilden und Datenhoheit anstreben.**

Der Service public muss weiterentwickelt werden, so dass er den Menschen und den Unternehmen im Alltag wirklich hilft. Ansonsten droht ein 'digital divide', also dass Gruppen von Menschen oder auch kleinere und mittlere Unternehmen zunehmend von den neuen Technologien abgehängt werden. Die Politik hat dafür zu sorgen, dass grundlegende digitale Dienstleistungen als 'Allmende' von der öffentlichen Hand oder bundesnahen Betrieben getragen und bereitgestellt werden. Damit einher geht die Kontrolle und Hoheit über die

eigenen Daten – anstatt durch intransparente Geschäftsmodelle datentechnisch entmündigt zu werden.

---

## **Ohne Medien keine Demokratie: Wir fordern eine Stärkung des medialen Service public**

**Die journalistischen Informationsleistungen der Medien sind ein Grundpfeiler der schweizerischen Demokratie. Wir müssen verlässlich und kritisch über die Vorgänge, Hintergründe und Zusammenhänge in Politik, Wirtschaft und Kultur informiert sein – auf lokaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene. Darum sind Medien ein essentieller Bestandteil des Service Public. Sowohl die SRG, wie auch viele private Medien leisten diesen Beitrag. Als Gewerkschaft organisiert syndicom die Arbeitnehmenden, Freischaffenden und Selbständigen in allen Medienberufen und fordert eine neue Medienpolitik mit einer effizienten Journalismusförderung.**

Der mediale Service Public ist in Gefahr. Intern verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen kontinuierlich. Hunderte Medienschafter:innen haben in den letzten Jahren ihre Anstellung verloren und der zunehmende Einsatz von KI gefährdet Arbeitsstellen, wirft medienethische und urheberrechtliche Fragen auf. Von aussen bedrohen die Rendite-Vorgaben der Eigentümer:innen, das Abfliessen der Werbegelder zu den globalen Tech-Playern, die politische Einflussnahme auf redaktionelle Inhalte, die Untergrabung der Pressefreiheit und der Entzug der finanziellen Grundlagen die Medienlandschaft.

Diese Entwicklungen bei den privaten Medien und bei der SRG haben drastische Auswirkungen auf die Versorgung der Öffentlichkeit mit journalistisch verlässlichen Informationsleistungen. Sie führen zu verheerenden Schäden an der Demokratie und schaffen das Terrain für autoritäre Tendenzen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Darum ist dringend eine neue, zielgerichtete Medien- und Journalismusfinanzierung notwendig.

### **Wir fordern dringend:**

#### **1. Stärkung der Medienqualität**

Wir fordern die schnelle Umsetzung der parlamentarischen Initiative „Chassot“, für die Unterstützung von Institutionen und Branchenbestrebungen für die Stärkung und den Ausbau der Medienqualität. Dazu gehört namentlich:

- die Stärkung der journalistischen Aus- und Weiterbildung durch anerkannte Anbietende (bspw. MAZ, Corso)
- die Medienethik (Stiftung Presserat)
- die Grundversorgung durch dreisprachige Nachrichtenagenturen mit geprüften Nachrichten (SDA)
- die Recherche- und Reportagen-Förderung (JournaFonds).

#### **2. Schutz des Urheberrechts** von Medienschafter:innen und Kreativen gegen die illegale Verwendung ihrer Werke

Wir fordern eine konsequente Durchsetzung des Urheberrechts der Medienschafter:innen und Kreativen. Dies sowohl bei der Nutzung ihrer Werke zum Training von KI-Plattformen als auch beim Schutz der Freischaffenden d gegen den Buy-Out ihrer Rechte durch die Verlage.

3. **Regulierung von KI-Plattformen und verbindliche Standards beim Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz (KI) in den Medien**

Zum Schutz der Integrität journalistischer Inhalte und zur Sicherung der Arbeitsplätze ist eine griffige KI-Regulierung notwendig. Bei einer Nutzung von journalistischen Inhalten durch KI-Plattformen müssen die Medienschaffenden angemessen vergütet werden.

4. **Verbindliche ethische Standards für KI in der Medienbranche**

Für die Sicherung von journalistischem Qualitätsanspruch und um der Gefahr von Desinformation durch die Anwendung von KI vorzubeugen, müssen branchenweite ethische Standards etabliert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die KI-Nutzung transparent gestaltet wird und dem journalistische Qualitätsanspruch genügt.

5. **Vektorneutrale, öffentliche Medienfinanzierung**

Mittelfristig benötigt die Medienlandschaft eine kanalunabhängige Finanzierung, die alle Medienformen umfasst: Print, TV, Radio und insbesondere Online-Medien. Die digitalen journalistischen Formate stehen bislang ohne finanzielle Unterstützung da, was die mediale Vielfalt zusätzlich gefährdet. Eine vektorneutrale Finanzierung soll gezielt auch den Lokaljournalismus sowie kleinere Redaktionen stärken und so zur Erhaltung eines pluralistischen Informationsangebots beitragen. Der Bundesrat muss diesen Um- und Ausbau unter Beizug aller Medienverbände und Gewerkschaften der Medienarbeitnehmenden zügig an die Hand nehmen.

6. Bei der künftigen öffentlichen Teilfinanzierung sind ausserdem folgende **Voraussetzungen** einzuhalten:

- Nur Medienunternehmen, welche sich einem **GAV** mit allen (derzeit drei) relevanten Gewerkschaften anschliessen, erhalten öffentliche Finanzen. Damit werden die Arbeitsbedingungen aller Medienschaffenden abgesichert und deren unabhängige Qualitätsarbeit gestärkt: Mit angemessenen Mindestlöhnen für Festangestellte und für Stagiaires, Volontär:innen und Praktikant:innen sowie mit Mindesthonoraren, welche die professionelle Arbeit der Freischaffenden ermöglicht.
- Die öffentlichen Beiträge müssen der Finanzierung des unabhängigen Journalismus dienen und nicht die Gewinne der Medienunternehmen optimieren. Darum sind an die geförderten Medienunternehmen hohe **Governance-Vorgaben** zu stellen: eine volle Transparenzpflicht über den Einsatz ihrer Mittel sowie über die tatsächliche Eigentümerschaft aller Unternehmen und Subunternehmen. Die Mitwirkungsrechte der Redaktionen müssen garantiert werden. Zudem soll sichergestellt werden, dass geförderte Medienunternehmen keine Dividenden an ihre Aktionär:innen abfliessen lassen. Zudem müssen sie sich den medienethischen Grundregeln des Presserats unterstellen.

7. **Kantonale und kommunale Lokalmedienfinanzierung**

Insbesondere in Regionen, in denen durch Sparmassnahmen der Medienkonzerne die mediale Berichterstattung stark reduziert, der Lokaljournalismus ausgedünnt und zentralisiert wurde, fordern wir Kantone und Städte dazu auf, gesetzliche Grundlagen für die gezielte Förderung von Lokalmedien zu schaffen. Mit der gezielten Stärkung von kleinen, regionalen Anbieter:innen wird die mediale Grundversorgung sichergestellt und die Medienvielfalt gestärkt.

8. **Förderung der Gemeinnützigkeit im Journalismus**

Mittels gezielter Anreize, z.B bezüglich Steuern, soll die Förderung von gemeinnützigen Strukturen auf Onlinemedien ausgedehnt werden. Diese Praxis existiert bereits bei nicht-kommerziellen Radios (Unikom-Radios, wie Radio Lora und Radio Rabe). Damit wird der wirtschaftliche Druck von nicht-kommerziellen Formaten genommen und eine grössere finanzielle Unabhängigkeit erreicht.

#### 9. **Stärkung der Pressefreiheit**

Die Pressefreiheit ist ein universelles Menschenrecht. Angesichts der international um sich greifenden Aushöhlung der Pressefreiheit braucht es ein verstärktes Commitment und den aktiven Schutz der Presse- bzw. Medienfreiheit. Auch in der Schweiz spüren Medienschaffende einen verstärkten Druck auf ihre Arbeit. Immer mehr werden juristische Schritte gegen Medienschaffende unternommen, um unliebsame Recherchen oder Artikel zu verhindern. So drohen Medienschaffende regelmässig Strafanzeigen, bei Recherchen über den Finanzplatz Schweiz. So gilt es im nationalen Kontext, den rechtlichen Rahmen für die journalistische Arbeit zu verbessern. Insbesondere mit dem Schutz vor missbräuchlichen Klagen, mit der Abschaffung der Strafandrohung bei Recherchen über Banken, mit der Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips der Verwaltung auf allen Staatsebenen und mit dem verbesserten Schutz von Whistleblowern stärken wir die Pressefreiheit in der Schweiz.

10. Die **SRG** muss für ihren umfassenden Leistungsauftrag mit genügend Mitteln ausgestattet sein. Wir lehnen die Halbierungsinitiative klar ab, ebenso die vom Bundesrat geplante Absenkung der Radio-TV-Abgabe. Auch die konzessionierten privaten Radio- und TV-Sender sind dabei zu stärken.